

DIE EUROPA-REDE

9. November 2011, 19.00 Uhr

Haus der Berliner Festspiele



**Sperrfrist: Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort.**

The State of Europe - Die Europa-Rede

Jose Manuel Durão Barroso

Präsident der Europäischen Kommission

Ein Projekt von:

Anreden

[Teil 1 – Einleitung]

Ich bedanke mich herzlich bei den Initiatoren der Berliner Europa-Rede, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin, für die Einladung, heute zu Ihnen zu sprechen. Ich danke Ihnen, und ich gratuliere Ihnen: zur Wahl dieses Datums, des 9. November. Mit der Berliner Europa-Rede haben Sie nicht nur ein neues öffentliches europäisches Forum etabliert, Sie haben - durch die Ansetzung dieses Datums, eines deutschen und europäischen „Schicksalstags“ - das Schicksal Deutschlands mit dem Schicksal Europas verknüpft. Dieses Datum erinnert uns sowohl an schmerzliche als auch an freudvolle Momente der jüngeren Geschichte Deutschlands und damit auch unseres Kontinents. Es ist der Tag, an dem der erste Weltkrieg 1918 mit einem Waffenstillstand beschlossen wurde, der zwar einem mörderischen Krieg ein Ende setzte, nicht aber zu einem dauerhaften Frieden führte. Es ist der Tag, an dem die Nazis 1938 die Synagogen in Brand setzten, ein Menetekel für noch Schrecklicheres, was kommen sollte. Aber schließlich ist es auch der Tag, an dem in Berlin 1989 die Mauer fiel und den Sieg der Freiheit über den Totalitarismus einläutete. Dieses Datum veranschaulicht uns, dass unser Handeln Konsequenzen hat. Dass die Geschichte nicht durch das Schicksal bestimmt wird, sondern durch unser Handeln. Dass wir mit den richtigen Entscheidungen Hoffnung, Humanität und Freiheit säen können.

Ich kann mich noch gut an den 9. November 1989 erinnern. Damals war ich Staatssekretär im Außenministerium meines Heimatlandes. Ich verfolgte die Entwicklungen in Deutschland vom Südwest-Zipfel unseres Kontinents aus. Und dennoch erschienen mir die Ereignisse so nahe, und weckten tiefe Emotionen. Ich fühlte mich stark an die Freudenszenen zurückerinnert, als sich Portugal 1974 die Demokratie erstritt. Ich wusste instinktiv, dass dies ein historischer Moment war – dass der Fall der Mauer nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch diejenige Europas bedeuten sollte.

Deswegen ist es für mich eine Ehre, heute in diesem Land, in dieser Stadt, nur wenige Meter entfernt von dem Ort, an dem sich das Schicksal Europas veränderte, vor Ihnen von den Herausforderungen sprechen zu dürfen, denen sich Europa heute gegenüber sieht.

[Teil 2 – die globalisierte Welt]

Das Europa von heute unterscheidet sich in der Tat erheblich von dem des Jahres 1989.

Die Kräfte der Globalisierung haben im Zusammenwirken mit der Informationstechnologie zu einer neuen Dimension der Interdependenz geführt, die jedes europäische Land und jeden europäischen Bürger einbezieht.

1989 war das weltumspannende Internet noch nicht Teil unseres Alltags. Die Märkte waren nicht im Stande, binnen Sekunden Kettenreaktionen auszulösen, die sich auf die ganze Welt ausbreiten.

Das ist die Realität von heute. Das ist die Realität, die die Politik und die Herausforderungen von heute prägt.

Gleichzeitig werden wir Zeugen des Aufstrebens und der rasanten Entwicklung vieler Volkswirtschaften und Nationen, deren Einfluss auf das Weltgeschehen damals viel geringer war als heute. Das bipolare System der Welt vor 1989 ist einer multipolaren, immer unberechenbareren Welt gewichen.

Wenn Europa in dieser neuen Welt eine Rolle spielen möchte, müssen unsere Mitgliedstaaten erkennen, dass sie für sich alleine dazu weder die Macht noch den Einfluss haben.

Bereits 1954 hatte Jean Monnet festgestellt: *„Unsere Länder sind zu klein geworden für die gegenwärtige Welt, gemessen an den modernen technischen Mitteln, gemessen an dem Amerika und Russland von heute, dem China und Indien von morgen“*.

Heute, ein halbes Jahrhundert später, sind die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sogar größer. Deswegen muss auch unser Ehrgeiz stärker sein. Nicht schwächer.

Fast zum gleichen Zeitpunkt fasste Konrad Adenauer die Aufgabe der künftigen Generationen in vier einfachen Worten zusammen: „Europa muss geschaffen werden.“ Die Generationen vor uns haben ihren Teil beigetragen – jetzt müssen auch wir unseren Beitrag leisten.

Nur ein vereintes Europa verfügt über die notwendige kritische Masse und die Stärke, unsere Werte zu verteidigen und unsere Interessen in der Welt zu vertreten.

Und eines ist klar: Wir müssen für unsere Werte und Interessen eintreten. Ich weiß, dass die Menschen angesichts der gegenwärtigen Tendenz zum Skeptizismus – persönlich spreche ich gerne von der „intellektuellen Mode des Pessimismus“ – dazu neigen, vor allem die Probleme Europas hervorzuheben. Natürlich trifft es zu: Wir befinden uns in einer schwierigen Lage. Aber wir dürfen nicht die Tatsache kleinreden, dass wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und größtenteils dank der Europäischen Integration die humansten Gesellschaften der Menschheitsgeschichte geschaffen haben. Nirgendwo sonst auf der Welt war diese gewaltige Verknüpfung bürgerlicher, politischer und wirtschaftlicher Freiheiten möglich. Gleiche Rechte für Männer und Frauen. Der Respekt für die Umwelt. Das Streben nach immer größerem sozialem Zusammenhalt und die Solidarität mit anderen Erdteilen, in denen es den Menschen weniger gut geht als uns selbst. Mit anderen Worten: für die soziale Marktwirtschaft, die wir über den Integrationsprozess geschaffen haben. Ein Modell, das auf Werten beruht, denen große Kraft zur Veränderung und Inspiration innewohnt.

Wir können auf unser Modell stolz sein. Dieses Modell verdient es, verteidigt und weiterentwickelt zu werden. Dabei müssen wir aber sicherstellen, dass in Europa weiterhin Wohlstand herrscht. Das wiederum bedeutet, dass wir wettbewerbsfähiger werden müssen. Wir brauchen mehr wirtschaftliche Konvergenz und Disziplin, und wir müssen unsere Währungsunion um eine Wirtschaftsunion ergänzen.

Mit anderen Worten: Die Einigung Europas ist im Zeitalter der Globalisierung wichtiger denn je für die Wahrung unserer Lebensweise, unserer Werte und unseres Wohlstands.

Wenn wir gemeinsam handeln, können wir Größenvorteile zur Geltung bringen. Wir können eine europäische Dimension schaffen. Dies geschieht keineswegs zum Schaden der Mitgliedstaaten. Vielmehr liegt es in ihrem Interesse. Deutschland hat nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Stärke heute größeres Gewicht in der Welt, sondern auch, weil es eine treibende Kraft in Europa ist.

Europa ist unsere Bestimmung. Stärke durch Einigkeit ist unser Schicksal. Deswegen müssen wir zusammenstehen und eine stabile, eine tiefere, eine stärkere Union schmieden.

[Teil 2 – voranschreiten, was für Europa spricht]

Europa ist ein dynamisches Konzept, nicht eines, dessen Gestalt auf ewig in Stein gemeißelt ist. Es ist ein Konzept, das sich an veränderte Umstände anpassen muss und kann – politisch und wirtschaftlich.

Der Begriff „aufstrebende Mächte“ ist inzwischen zum Gemeinplatz geworden. Lassen Sie mich sagen: die größte aufstrebende Macht in der Welt ist die Europäische Union. Denn aufgrund ihrer einzigartigen Natur ist sie eine Macht der Veränderung durch Zusammenarbeit anstatt durch Zwang. Uns ist in den letzten Monaten schmerzlich bewusst geworden, dass sie Systemmängel aufweist, die wir korrigieren müssen. Aber unsere Partner in der Welt drängen uns, Europa zu stärken; sie legen – um es zurückhaltend zu formulieren – nicht gerade großen Wert darauf, dass wir unser europäisches Projekt aufgeben oder auch nur abschwächen. Die Welt braucht ein stärkeres Europa. Mehr Europa, nicht weniger.

Dennoch gibt es bei uns Menschen, die behaupten, dass ihr Land das übrige Europa nicht brauche. Populismus und manchmal gar Nationalismus erheben auf unserem Kontinent ihr Haupt. Ihre Protagonisten behaupten, zu viel Europa sei die Ursache unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Lösung bestünde in weniger Europa oder gar seiner Abschaffung.

Damit verkennen sie sowohl die globalen Realitäten als auch unsere gemeinsame Geschichte, die uns lehrt, dass unser Kontinent einfach zu klein und zu sehr mit den anderen verbunden ist, als dass wir beiseite stehen und uns gegenseitig den Rücken zukehren könnten. Es kann keinen Frieden und Wohlstand im Norden oder Westen Europas ohne Frieden und Wohlstand im Süden oder Osten geben.

Aber der Ruf nach Alleingängen widerspricht auch der wirtschaftlichen Vernunft. 2010 führte Deutschland mehr Waren in die Niederlande als nach China aus, nach Frankreich als in die USA, nach Polen als nach Russland, nach Spanien als nach Brasilien, nach Ungarn als nach Indien. Seine Ausfuhren in die Europäische Union waren fast fünfmal so hoch wie die in die BRIC-Länder, und die Einfuhren aus diesen Ländern betragen gerade einmal 20 % der Einfuhren aus den EU-Staaten. Ich könnte die Liste fortsetzen. Wenn der Euroraum oder die Europäische Union auseinanderbrechen, dürften die Kosten Schätzungen zufolge anfänglich bis zu 50 % des BIP ausmachen. Deutschland könnte Konjunkturerinbußen bis zu 3 % erleiden und eine Million Arbeitsplätze verlieren, wenn der Euroraum auf einige Kernländer zurückschrumpfte. Darüber hinaus würde der Wohlstand künftiger Generationen gefährdet. Das ist die Bedrohung, die über uns schwebt, und die uns so entschlossen macht, die Probleme in Griechenland und andernorts zu lösen, vorausgesetzt natürlich, dass auch diese Länder ihren Beitrag leisten.

Deswegen müssen alle, die in der politischen Verantwortung stehen und sich dieser Verantwortung bewusst sind, jetzt für Europa eintreten. Sie müssen deutlich machen, dass Einigkeit stark macht. Wir müssen mit unseren Bürgern eine ehrliche und offene Debatte über Europa führen. Über seine Vorteile und seine Unzulänglichkeiten. Über sein Potenzial und seine Zukunft. Wir müssen unseren Bürgern verdeutlichen, was auf dem Spiel steht. Wir müssen uns für den Weg der Stärke entscheiden, nicht für den der Schwäche. Der Einheit, nicht der Zersplitterung. Wir müssen den schwierigen Weg wählen, nicht den einfachen.

Ansonsten würden wir, wie es Paddy Ashdown kürzlich formulierte, zu einer Ansammlung von sich souverän dünkenden Spielbällen im Kielwasser von Ozeanriesen.

Die Europäische Union verspricht nicht das Paradies. Aber sie bietet die besten Aussichten auf Wohlstand. Sie ist die größte Errungenschaft unserer Zeit. Sie ist unser bestes Instrument, um die Krise als eine Chance zu nutzen, aus der Zerstörung Schöpferisches entstehen zu lassen. Die Europäische Union wurde für Zeiten wie diese gegründet. Wir müssen geschlossen für sie eintreten. Ihr die erforderlichen Instrumente an die Hand geben, um Europa stärker zu machen.

Der Deutlichkeit halber möchte ich betonen: Es geht mir nicht um mehr Macht. Selbstverständlich können die Menschen von mir als dem Präsidenten der Europäischen Kommission erwarten, dass ich für eine europäische Lösung eintrete. Aber nach dreißig Jahren in der Politik – sowohl in der Regierung meines Heimatlandes als Außen- und Premierminister Portugals als auch nach jetzt sieben Jahren an der Spitze der Europäischen Kommission – habe ich nie etwas klarer und deutlicher gesehen. Wir sind Zeugen einer fundamentalen Veränderung der wirtschaftlichen und geopolitischen Weltordnung. Ich bin der festen Überzeugung, dass Europa entweder jetzt gemeinsam voranschreiten muss oder sich der Gefahr einer Zersplitterung aussetzt. Wenn Europa sich nicht verändert, wird es scheitern. Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder wir stehen zusammen oder wir versinken in Bedeutungslosigkeit. Non progredi est regredi.

[Teil 3 – die Methode]

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, Europa befindet sich am Scheideweg.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt die Weichen richtig stellen. Dass wir genau das Europa schaffen, das wir wollen und für unsere Zukunft brauchen. Dass wir Europa die Instrumente verleihen, die es stark machen. Dass wir die gegenwärtige Krise als Chance nutzen, Europa und seine Arbeitsweise zu modernisieren und zu dynamisieren. Es darf nicht unser Ziel sein, die Ausgangslage wiederherzustellen, sondern etwas Neues und etwas Besseres zu schaffen.

Damit dies nicht passiert, brauchen wir eine Union der Stabilität, aber auch eine Union der Solidarität. Um zu mehr Wachstum zu gelangen, das Europa so dringend zum Überleben braucht, benötigen wir mehr Disziplin, aber auch mehr Konvergenz. Wir brauchen eine Union der Verantwortung, aber auch der Solidarität. Wenn wir der Meinung sind, dass wir eine Schicksalsgemeinschaft bilden, gehört dies alles zusammen.

Eine verstärkte wirtschaftliche Steuerung des Euroraums muss eine zentrale Säule dieser Union bilden, und auf diesen Punkt möchte ich in meinen heutigen Ausführungen den Schwerpunkt setzen. Das sollte uns aber nicht von der Wichtigkeit einer Stärkung der europäischen Integration in anderen Bereichen wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheits- oder der Verteidigungspolitik ablenken. Europa zählt nur dann etwas in der Welt, wenn es stark und einig für seine Werte und Interessen eintritt.

Aber lassen Sie uns heute den Fokus auf die Verbesserung unserer Wirtschaftspolitik richten. Die Märkte treffen Entscheidungen, die innerhalb von Sekunden Auswirkungen auf uns alle haben. Wir können darauf nicht mit Entscheidungsprozessen reagieren, wie wir sie bis jetzt praktiziert haben.

Die Geschwindigkeit der Europäischen Union, insbesondere des Euroraums, darf nicht die Geschwindigkeit des langsamsten oder widerstrebendsten Mitglieds sein. Es muss Schutzklauseln für diejenigen geben, die nicht voranschreiten wollen, und diese Garantien gibt es auch. Aber es muss unterschieden werden zwischen denen, die nicht voranschreiten wollen, und denen, die andere daran hindern, voranzuschreiten.

Europa sollte sich nicht zu Formen einer rein intergouvernementalen Zusammenarbeit zurückentwickeln.

Dies würde uns ins 19. Jahrhundert zurückversetzen, in dem Frieden und Wohlstand durch ein labiles Gleichgewicht zwischen einer begrenzten Anzahl von Großmächten garantiert werden sollten. Das Konzept des Gleichgewichts der Kräfte ging nicht auf. Deshalb haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsame, supranationale Institutionen und Methoden geschaffen.

[Institutionen]

Jean Monnet schrieb einmal: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“ Legitimierte, von den Mitgliedstaaten eingerichtete und aufrechterhaltene Institutionen müssen eine starke Rolle in der politischen Führung des Unionssystems spielen. Sie sind die einzigen Organe, die den Auftrag und die Anweisung haben, im Interesse aller Mitgliedstaaten zu handeln, und sie sind die Garanten von Transparenz, Fairness und Demokratie in der Union. In der Europäischen Union haben wir Institutionen, in denen die Mitgliedstaaten vertreten sind, nämlich den Europäischen Rat und den Rat. Aber wir haben auch Institutionen mit einem innovativen, supranationalen Charakter: das demokratisch gewählte Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof, die Europäische Zentralbank und den Rechnungshof.

Genau diese supranationalen Organe sind die beste Garantie für die Einhaltung der vereinbarten Grundsätze und Regeln in einer Union souveräner Staaten. Weil die souveränen Staaten die Organe mit bestimmten Befugnissen ausstatten, aber auch mit dem Auftrag, die Interessen aller Mitglieder zu vertreten. Der größeren – und der kleineren.

Genau diese supranationalen Organe verfügen über die Unabhängigkeit und Objektivität, um zu gewährleisten, dass alle Mitgliedstaaten – innerhalb des Euroraums und auch außerhalb – vor den Verträgen gleichbehandelt werden.

Genau diese Organe sind für bestimmte Entscheidungen jenseits des politischen Feilschens zuständig. Dadurch gewährleisten sie, dass die Finanzstabilität nicht zur Geisel der Politik wird.

Dies ist die Bedeutung der Rolle der Kommission als Wirtschaftsregierung der Europäischen Union im Bereich der Unionsbefugnisse.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem Europa seine Währungsunion um eine Wirtschaftsunion ergänzt, in einer Zeit, in der Konvergenz und Disziplin zunehmen, sind unabhängige und objektive Organe notwendiger denn je.

[Institutionelle Entwicklung und Vertragsänderungen]

Deshalb wird die Kommission bei den anstehenden Diskussionen über die Vertiefung der europäischen Integration, auch in Form einer möglichen Abänderung der EU-Verträge, unerschütterlich an ihrer Rolle als Garantin der Interessen aller unserer Mitgliedstaaten, der Integrität des Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung festhalten. Die EU insgesamt und der Euroraum gehören zusammen.

Die Kommission begrüßt – und drängt auf – eine stärkere Integration der politischen Maßnahmen und der politischen Steuerung innerhalb des Euroraums. Nur mithilfe von Integration und Konvergenz können wir mehr Disziplin und Stabilität erreichen und die künftige Tragfähigkeit des Euro sichern.

Stabilität und Disziplin müssen jedoch mit Wachstum einhergehen. Und der Binnenmarkt ist unser größter Trumpf, um das Wachstum zu fördern.

Um es ganz deutlich zu sagen – eine gespaltene Union wird nicht funktionieren. Dies gilt für eine Union aus verschiedenen Teilen mit verschiedenen Zielen, eine Union mit einem integrierten Kern und einem abgekoppelten Rand, eine Union, in der ein ungesundes Machtverhältnis herrscht oder die von irgendeinem Direktorium dominiert wird. All diese Konzepte sind nicht auf Dauer angelegt und werden deshalb langfristig nicht funktionieren.

Es wäre absurd, wenn der Kern unseres Vorhabens – und die im Euroraum verwirklichte Wirtschafts- und Währungsunion ist der Kern unseres Vorhabens – als „Ausstiegsklausel“ aus der Europäischen Union als Ganzes behandelt würde. Somit besteht die Herausforderung darin, die Integration des Euroraums weiter voranzutreiben, ohne es zu einer Trennung von denjenigen kommen zu lassen, die ihm noch nicht angehören.

Auch wenn zwei Mitgliedstaaten – nur zwei Mitgliedstaaten – ein „Opt out“ aus der Währungsunion ausgehandelt haben, dürfen wir nicht vergessen, dass die Verträge einen Beitritt zum Euroraum sowohl als Verpflichtung als auch als Recht für alle anderen vorsehen. Voraussetzung ist natürlich, dass die Bedingungen erfüllt werden.

Dies erfordert eine strenge Überwachung. Eine strengere Überwachung als in der Vergangenheit.

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Verträge definieren den Euroraum nicht als etwas, das sich von der Europäischen Union unterscheidet.

Die Zugehörigkeit zum Euroraum oder das Bestreben, ihm beizutreten, gehört zur EU-Normalität – die Nichtzugehörigkeit bedeutet die Abweichung von der Regel.

Es wäre absurd, wenn der Teil unserer Integration, der substantiell am weitesten geht, formell der unverbindlichste wäre.

Die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, wurden nicht durch die Beachtung der Gemeinschaftsmethode, sondern vielmehr durch ihre Nichtbeachtung verursacht. In Wahrheit ist die Wirtschafts- und Währungsunion letztendlich unvereinbar mit der Logik reiner Zwischenstaatlichkeit: Eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordert nämlich Verpflichtungen, Regeln und eine Einhaltung der Verpflichtungen und Regeln, die nicht nur durch Gruppendruck oder die Regierungszusammenarbeit gewährleistet werden kann. Diese Regeln dürfen nicht der instabilen Logik politischer Einflüsse oder Manöver unterliegen oder von Diplomaten oder Politikern in Hinterzimmern ausgehandelt werden.

Dies bedeutet, dass die Vertiefung der Integration des Euroraums die politische, rechtliche und institutionelle Kohärenz der EU bewahren muss. Dies bedeutet ferner, dass die Vertiefung der Integration des Euroraums mithilfe der Gemeinschaftsmethode erfolgen muss, wobei die Aufgaben der Gemeinschaftsorgane zu wahren und weiterzuentwickeln sind.

Die Europäische Union kann im Rahmen des gegenwärtigen Vertrags weiter in diese Richtung gehen. Vor Ablauf dieses Monats wird die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Vertiefung der Europäischen Union und zur Intensivierung der wirtschaftspolitischen Lenkung des Euroraums vorlegen.

Hierzu gehören die folgenden fünf Elemente:

- Erstens eine dem Mitentscheidungsverfahren unterliegende Verordnung, die die EFSF- und ESM-Unterstützung mit der Überwachung der einzelnen Länder auf der Grundlage von Artikel 136 des Vertrags verbindet. Durch Einbeziehung der Steuerung des Euroraums in den Vertragsrahmen und somit in die Gemeinschaftsmethode bleiben die legale und institutionelle Kohärenz und die Kompatibilität zwischen dem Euroraum und der EU als Ganzes gewahrt. Diese Verordnung dient zum einen als Schnittstelle zwischen finanzieller Hilfe aus EFSF und dem künftigen ESM – die bekanntermaßen intergouvernemental ausgerichtet sind – und zum anderen der vertragsbasierten Überwachung. Sie wird die Überwachung für Euro-Mitgliedstaaten, die vorbeugende Hilfe und Hilfe aus einem Anpassungsprogramm erhalten, verstärken und darüber hinaus die Überwachung nach Ablauf des Programms sicherstellen.
- Zweitens eine weitere dem Mitentscheidungsverfahren unterliegende Verordnung über eine tiefer gehende Haushaltsüberwachung, ebenfalls auf der Grundlage von Artikel 136 des Vertrags. Für Mitgliedstaaten des Euroraums, gegen die ein Defizitverfahren läuft, werden abgestufte Schritte und Bedingungen zur Überwachung der nationalen Haushaltspolitik festgelegt. Hierdurch dürften Kommission und Rat die nationalen Haushaltsentwürfe im Vorfeld prüfen und eine Stellungnahme hierzu abgeben können, bevor sie von den nationalen Parlamenten angenommen werden, wobei in ernsthaften Fällen eine zweite Lesung erforderlich werden kann. Darüber hinaus wird die Kommission die Ausführung des Haushalts überwachen und gegebenenfalls im Laufe des Jahres Änderungen vorschlagen.
- Drittens eine Mitteilung über die Vertretung des Euroraums nach außen auf der Grundlage von Artikel 138 des Vertrags. Die Krise macht weiterhin deutlich, dass der Euroraum auf der Weltbühne geschlossen auftreten muss. Tun wir das nicht, werden unsere Botschaften verwässert und unsere Glaubwürdigkeit geschwächt. Je mehr wir unsere interne wirtschaftspolitische Steuerung des Euroraums verbessern, desto dringender wird die Notwendigkeit einer starken und effizienten Außenvertretung des Euroraums. In diesem Zusammenhang wird die Kommission Vorschläge für eine konsolidiertere europäische Stimme und Vertretung in internationalen Gremien und Institutionen wie G20 oder IWF vorlegen.
- Viertens ein Grünbuch über Euro-Stabilitäts-Anleihen. Wie ich in meiner Rede zur Lage in der Union am 28. September sagte, wird die gemeinsame Emission von Schuldtiteln als natürlicher und für alle vorteilhafter Schritt angesehen werden, sobald der Euroraum voll und ganz mit den Instrumenten ausgerüstet ist, die für eine Gewährleistung von Integration und Disziplin notwendig sind. Vorausgesetzt, dass solche Eurobonds „Stabilitäts-Anleihen“ sind: Anleihen, die so konzipiert sind, dass sie diejenigen, die sich an die Regeln halten, belohnen, und diejenigen, die sich nicht daran halten, abschrecken. Unser Grünbuch über Euro-Stabilitäts-Anleihen wird

ebenso Optionen für die gemeinsame Emission von Schuldtiteln im Euroraum enthalten sowie für weitere Schritte einer verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung, die je nach Anleiheform unternommen werden müssten. Einige dieser Optionen können im Rahmen des derzeitigen Vertrags umgesetzt werden, während vollwertige „Eurobonds“ eine Vertragsänderung erforderlich machen würden.

- Das fünfte und letzte Element unseres Maßnahmenpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung ist der Jahreswachstumsbericht 2012. Vor dem Hintergrund einer schwindenden wirtschaftlichen Erholung in Europa legt der Jahreswachstumsbericht Prioritäten für wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen in der EU fest. Er ist ebenfalls Ausgangspunkt für das zweite Europäische Semester, unseren Rahmen für die Überwachung und Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Im Jahreswachstumsbericht werden die Fortschritte bei der diesjährigen Umsetzung der nationalen Verpflichtungen im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen sowie im Rahmen des Euro-Plus-Pakts bewertet, was die Planung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen für das kommende Jahr erleichtert.

Zudem habe ich Ende Oktober angekündigt, dass mein Kollege Olli Rehn künftig als Vizepräsident der Kommission für Wirtschaft, Finanzen und den Euro zuständig sein wird. Mit der Begründung eines eigenen Portefeuilles für den Euro stellen wir unsere Entschlossenheit unter Beweis, die Ordnungspolitik für den Euroraum mittels der Gemeinschaftsmethode und innerhalb der Gemeinschaftsorgane zu gestalten. Die politische und symbolische Bedeutung dieser Maßnahme könnte nicht deutlicher sein. Darüber hinaus haben wir intern in der Kommission die strukturellen Garantien verstärkt, damit der Entscheidungsprozess bei künftigen Defizitverfahren vollkommen unabhängig und objektiv vonstatten geht.

[Demokratie]

Eine stärkere Konvergenz und Integration der Europäischen Union muss auch mit mehr Demokratie einhergehen. Die Demokratie muss auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene gestärkt werden. Natürlich ist dies auf europäischer Ebene komplexer, aber Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass dies selbst auf nationaler Ebene häufig nicht ohne Schwierigkeiten abgeht.

Ich glaube, dass die europäische Demokratie durch eine engere Verzahnung der demokratischen Prozesse in den Mitgliedstaaten mit dem demokratischen Prozess in Europa gestärkt werden muss. Dies ist der beste Weg, unsere Bürger in die von uns getroffenen Entscheidungen einzubinden. Das gemeinschaftliche Vorgehen ist hierbei nach wie vor entscheidend, um das Subsidiaritätsprinzip zu gewährleisten.

Unsere Union ist – und wird dies auch in Zukunft bleiben – eine Schöpfung der besonderen Art. Ihre Verfassung und ihr Handeln können nicht anhand der Kriterien eines Nationalstaats gemessen werden. Sie können auch nicht anhand der Kriterien einer internationalen Organisation gemessen werden. Es handelt sich vielmehr um eine neue Schöpfung für eine neue Realität. Dies bedeutet, dass wir nicht – wie dies bisweilen geschieht – die nationalen demokratischen Prozesse dem europäischen demokratischen Prozess entgegenstellen dürfen. Gleichzeitig dürfen wir die nationalen Demokratien nicht durch den europäischen demokratischen Prozess ersetzen oder umgekehrt. Wir brauchen beide, wenn die Union in den Augen ihrer Bürger legitimiert arbeiten soll.

Dies ist die Essenz der Gemeinschaftsmethode. Im Bereich Justiz hat Ihr Bundesverfassungsgericht einen guten Begriff gefunden, um die Koexistenz des nationalen Justizwesens und des europäischen Justizwesens zu beschreiben: Kooperationsverhältnis. Ich denke, dass es lohnenswert ist, über eine Übertragung – entsprechend, versteht sich – dieser Idee auf das Verhältnis zwischen der nationalen und der europäischen Legislative nachzudenken. Beide sind in ihren jeweiligen Bereichen unersetzlich. Keine kann an die Stelle der anderen treten. Beide müssen einander respektieren.

Es ist besser, in solch ein Kooperationsverhältnis zu investieren, als ein Konkurrenzverhältnis zu postulieren. Ich distanzieren mich ausdrücklich von der Behauptung, dass Demokratie nur innerhalb des Nationalstaats möglich ist. Die Globalisierung und die gegenwärtige Krise zeigen uns die Grenzen der Demokratie auf, wenn sie auf den Nationalstaat beschränkt bleibt. Wenn wir die Demokratie in einer globalen Welt erhalten wollen, müssen wir die Demokratie des Nationalstaates um die Demokratie in der Europäischen Union ergänzen. Tun wir dies nicht, übergeben wir die materielle Souveränität den Märkten, den Finanzinvestoren und sonstigen globalen Akteuren, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegen.

[Teil 4 – die Rolle Deutschlands]

In den letzten Monaten wurde von Deutschland mehr denn je und vielleicht mehr als von jedem anderen Land in der Europäischen Union erwartet, diesen Schwung unter Beweis zu stellen. Unter gewaltigem Druck – und zeitweiser Kritik – muss Deutschland seine Verantwortung ernsthaft wahrnehmen.

Eine solche Verantwortung kann allerdings auch zu einer schweren Last werden. Sie kann polarisieren.

Besonders dann, wenn Deutschland diese Last über einen längeren Zeitraum tragen muss.

Der Weg zu einem wohlhabenderen und nachhaltigeren Europa ist noch lange nicht erreicht.

So wie die Gründungsväter nach zwei verheerenden Weltkriegen die Vision eines geeinten Europas hatten, müssen auch wir nun mit Ausdauer und Visionen an einem starken, aber offenen Europa arbeiten. Einem wohlhabenden, aber nachhaltigen Europa. Einem Europa, das unseren Bürgern über Generationen Frieden, Wohlstand und Zukunftschancen bietet.

Deutschland kann jetzt zeigen, dass es für ein starkes, integriertes und wettbewerbsfähiges Europa kämpft. Nun ist es an der Zeit, dass Deutschland diese Grundsätze unterstützt, die die Europäische Union tragen, vor allem die demokratische Legitimität und die Transparenz, die sich aus dem gemeinschaftlichen Vorgehen ergeben.

[Schlussbemerkungen]

In den letzten 18 Monaten hat die Europäische Union, insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion, einen Prozess der völligen Umgestaltung eingeleitet. Wir haben Fehler gemacht, aber wir lernen daraus.

Deutschland hat in Form der gewährten Finanzgarantien einen sehr wichtigen Beitrag geleistet.

Ich möchte Deutschland und den Deutschen für Ihren grossen Einsatz für unser Europa von Herzen danken.

Gleichwohl ist es paradox. Die Wahrnehmung in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit ist eine völlig andere. Wir müssen uns fragen, woher das kommt.

Vielleicht darf ich mir hierzu folgende Überlegung erlauben:

In der Politik geht es manchmal nicht darum, was wir tun, sondern wie wir es tun. Es geht darum, mit Begeisterung das zu erklären und zu vermitteln, was nach unserer Auffassung im besten Interesse der Bürger liegt.

Deshalb muss die Agenda für Europa positiv sein. Sie muss ein ehrgeizigeres Ziel anstreben. Die Agenda für Europa darf keine ungeliebte Maßnahme sein, um das Schlimmste zu verhindern, sondern muss ein begeistertes Manifest zur Schaffung des Besten sein.

Vor vier Jahren unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, der damalige Präsident des Europäischen Parlaments –mein lieber Freund Hans-Gert Pöttering, unser heutiger Gastgeber, Kanzlerin Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates und ich selbst als Präsident der Europäischen Kommission anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge hier an diesem Ort die Berliner Erklärung. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags schlug ich vor, diese Erklärung als Grundlage für einen neuen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten zu nutzen.

Die Berliner Erklärung enthielt eine simple und dennoch überwältigende Wahrheit:

Wir sind zu unserem Glück vereint.

Zu unserem Glück. Das ist wahr. An einem Tag wie dem 9. November ist uns das unmittelbar verständlich. Aber es ist nicht nur am 9. November wahr. Es muss unsere Inspiration für jeden Tag, für unseren Alltag sein.

Wir sind zu unserem Glück vereint.

Unsere Einheit ist ein wertvolles Geschenk, das wir achten und wertschätzen müssen, und das mehr verlangt als nur Pflicht und Umsicht. Es verlangt Vernunft und Leidenschaft. Es verlangt vielmehr Entschlossenheit und – jawohl – Begeisterung.

Während wir voranschreiten, während Europa weiterhin an seinem Weg aus der Krise arbeitet, bitte ich Deutschland, Führung in Partnerschaft zu zeigen, Führung im Gemeinschaftsgeist zu zeigen. Mir ist bewusst, dass wir unsere Bürger vor keine leichte Wahl stellen. Aber wenn wir wollen, dass Europa überlebt und gedeiht, dann müssen wir so handeln. Führung bedeutet, das Notwendige möglich machen. Im Bewusstsein und mit der Überzeugung, dass die Maßnahmen, die wir heute zur Umgestaltung Europas treffen, künftigen Generationen Frieden und Wohlstand sichern. Denn nichts von dem, was wir erreicht haben, ist unwiderruflich. Alles kann schneller, als es aufgebaut wurde, in sich zusammenfallen.

Die Krise ist noch lange nicht vorüber. Aber wir verfügen über die notwendigen Ressourcen, wir verfügen über die Mittel, wenn wir nur den Geist und den Willen dazu haben. Schauen wir also nicht verzagt auf die Herausforderung, die vor uns liegt, sondern mit Entschlossenheit und Überzeugung. Überzeugung, dass Europa prosperiert, dass es offen und stark ist und in Einklang mit europäischen Werten weltweite Entscheidungsprozesse formt. Mit diesen Werten meine ich Verantwortung, Solidarität und Demokratie. Wenn wir wollen, dass Europa weiterhin ein Leuchtfener der Hoffnung für die Menschen in anderen Teilen der Welt ist, dürfen wir die Kerze nicht ausgehen lassen. Wir müssen uns von Europas Seele inspirieren lassen. Wir müssen Europa wieder Leben einhauchen. Einen Hauch von Hoffnung und Zuversicht, wie es in unserer Europa-Hymne, Friedrich Schillers „Ode an die Freude“, beispielhaft heißt.

Jetzt ist nicht der Moment, das Erbe von Konrad Adenauer zu verraten. Lassen Sie uns der Vision der Gründungsväter treu bleiben. Lassen Sie uns ihrem Ehrgeiz gerecht werden und einen föderativen Schritt nach vorn zu einem vertieften Europa machen.

Lassen Sie uns also diese Herausforderung mit Freude angehen. Damit auch die nächste Generation der Deutschen und der Europäer sagen kann: Wir sind zu unserem Glück vereint.

Ich danke Ihnen.
